

schaffliche Einrichtung, mag er auch als solche gedacht sein, nicht haltbar ist, weil er an die urteilsunfähigen Massen übergeht, weil in ihm der verbrecherische Mob, der Bodensatz der Bevölkerung, die Herrschaft gewinnt. Der Kommunismus bedeutet kein Rezept für menschliches Glück, sondern zur Aufpeitschung der schlimmsten menschlichen Leidenschaften. Die Kostenrechnung dafür wird mit bestialischem Blutergerichten bezahlt.

Das sich der Kommunismus jetzt bereits zwei Jahre unter Aufbietung der äußersten Gewalt und unter Anwendung von brutalem Gewalttaten am Ruder gehalten hat, beweist nichts für seine Existenzfähigkeit. Es ist der tiefe Kulturzustand der russischen Volksmassen, der diese Verhältnisse ertragen hat. Ohnedem wäre diese Herrschaft des Verbrechens längst ihrem Schicksal verfallen, dem sie heute sicher entgegengeht. Vielleicht sind die bolschewistischen Führer noch so klug, in zwölfter Stunde von ihrer Bahn abzuschwenken, nur bleibt die Frage, ob die widriggewordene Menge ihnen das gestatten wird. In Ungarn, wo der kommunistische Spuk einige Monate dauerte, haben eine ganze Anzahl von Anführern dieser Tollheit ihr Beginnen mit dem Leben bezahlen müssen. Niemals war die Menschheit weniger ideal veranlagt, als heute, und darum ist die Gemeinamkeit des Besitzes, die selbst bei den ersten Christen nur ein Versuch geblieben ist, nie weniger zu verwirklichen gewesen, wie in der Gegenwart. In Paris versuchte die Kommune im Frühjahr 1871 ihre Herrschaft zu begründen, aber das Ende war der Brand der Seinestadt und das Standgericht auf der Höhe des Montmartre. Wer pulvergeschwätzte Hände hatte, wurde an die Mauer gestellt.

Die Lehren des Geiselmordprozesses wirken uns so eindringlicher, als München die populärste deutsche Stadt ist, die als verführte Behaglichkeit galt und in der man solche Vorkommnisse am wenigsten für möglich gehalten hätte. Es wäre auch nicht dazu gekommen, wenn sich nicht allerlei fremdes Volk dort eingemischt und dazu beigetragen hätte, die Leidenschaften zu entfesseln. Es darf darum den Münchnern kein Vorwurf gemacht werden. Aber was sich dort abgespielt hat, kann überall wahr werden, wo die Wege von Recht und Gesetz, Arbeit und Pflicht vergessen werden. Die harten Jahre von 1914 bis 1919 haben einen Nährboden für das Emporkommen der schlimmsten Begierden geschaffen. Wucher und Kommunismus stellen einen so schreienden Gegensatz dar, und doch wachsen sie auf dem gleichen Boden. Der Münchener Prozeß warnt uns. Seine Lehren sind mit Blut geschrieben.

Das französische Hauptquartier über den Zusammenbruch.

Die Berliner „Freiheit“ veröffentlicht einen Auszug aus einer Denkschrift des französischen Großen Hauptquartiers über die deutsche militärische Katastrophe. Die Denkschrift stellt fest, daß die französische Heeresleitung im Augenblick des großen deutschen Stoßes bei Reims sowohl über den Stoß, wie über die Kraftverhältnisse der deutschen Armee, besonders über den Stand der Reserven auf dem besten unterrichtet war und bei ihrem großen Gegenangriff am 17. Juli 1918 in der Ueberzeugung handelte, nimmere die strategische Ueberlegenheit endgültig gewonnen zu haben. Die Arbeit der Alliierten sei nun darauf hinausgegangen, das deutsche Heer durch dauernde Angriffe mehr und mehr zu erschüttern und zu verwirren, bis endlich am 26. September die Generalsoffensive begonnen habe. Schon bis dahin habe die deutsche Armee fast das ganze im Jahre 1918 eroberte Gebiet aufgeben müssen und sei, wie aus einer in der Denkschrift veröffentlichten deutschen Urkunde hervorgeht, schon am 20. August zu einer Gegenoffensive nicht mehr fähig gewesen. Deshalb sei das Oberkommando der Alliierten seit Ende August zu der klaren Einsicht gekommen, daß ein allgemeiner Sturm den völligen Zusammenbruch der erschöpften deutschen Armee herbeiführen würde. Die Abnutzung des deutschen Heeres sei rapid fortgeschritten.

Die ganze deutsche Armee hatte eine kolossale nervöse und körperliche Anstrengung durchzumachen, neben welcher die März-, April-, Mai- und Juli-Offensiven das reinste Kinderspiel gewesen waren. 60 Prozent der Divisionen sind ununterbrochen während der Monate September und Oktober in Stellung geblieben — die anderen haben 20 bis 30 Tage unausgesetzt gekämpft. Am 10. November hingegen standen sämtliche kampffähigen Divisionen im Geleit oder sie waren kaum zurückgezogen worden. Alle waren mehrere Male eingeleitet worden, es waren also keine frischen Reserven mehr übrig.

Die moralischen Kräfte waren nicht weniger tief gesunken als die physischen. Am 15. Juli schenkte der deutsche Soldat seinen Führern noch Vertrauen. Er war zur letzten Anstrengung bereit, obwohl ihn die Müdigkeit schon erreichte, aber in der Champagne und an der Marne blieb sogar der Anfangserfolg aus. Das war der Beginn des Wankens der Bestimmung im deutschen Heere. Der Soldat und selbst der Offizier sang an zu zweifeln. Die Anstrengungen eines ununterbrochenen Kampfes, der Mangel an Ruhe in einem ruhigen Abschlusse oder hinter der Front, die ungenügende Ernährung, die Grippe usw. trafen, indem sie die körperlichen Kräfte herabsetzten, auch den Geist der Kampftroppe; die übrigens von den Alliierten durch Aufrufe,

Flugblätter, Flugchriften usw. in den feindlichen Stellungen betriebene Propaganda verschärfte die Demoralisation. Das Verlangen nach Sieg um des Friedens willen erzeugte nach und nach das Verlangen nach Frieden um jeden Preis.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Vereidigungsformel der Beamten. In einer halbamtlichen Polemik gegen den Beamtenausschuß der Deutschnationalen Volkspartei wird zur Vereidigungsformel geschrieben: Demen, die es mit ihrer Ueberzeugung nicht glauben vereinigen zu können, sich der Republik zu treuem Dienste zu verpflichten, hat die Reichsregierung durch das Gesetz über die Pensionierung von Reichsbeamten infolge Umgestaltung des Staatswesens einen ehrenvollen Ausweg geöffnet. Beamte, die sich weigern sollten, den Eid in der vorgezeichneten Form zu leisten, würden dadurch selbstverständlich ihr Verbleiben im Dienste der Deutschen Republik unmöglich machen.

Weniger enthüllen — mehr Kohlen! Das Auswärtige Amt hat die bekannte Broschüre „Zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes“, die schwere Anklagen gegen die alte Regierung und die Oberste Heeresleitung enthält, in der Schweiz und wahrscheinlich auch in anderen neutralen Staaten durch die dortige Gesandtschaft verbreiten lassen. Die Wirkung dieser Propaganda ist eine andere gewesen, als man wohl erwartet haben mag. Schweizer Blätter geben der deutschen Regierung den beschämenden Rat, lieber weniger zu enthüllen und mehr Kohlen zu lassen.

Die Abstimmung in Ostpreußen. In einer zahlreich besuchten Volksversammlung in Allenstein, zu der alle politischen Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, eingeladen waren, erwiderte Oberpräsident Winnig vor der Bevölkerung des ostpreussischen Abstimmungsgebietes in großen Zügen die Leitgedanken für seine Postul. Er betonte in seiner von jeder parteipolitischen Einseitigkeit freien Rede, daß im Osten einmütiges Zusammenstehen in gemeinsamem Aufbau und in der Abwehr gegen die russisch-bolschewistische Welt, die der Oberpräsident immer noch als sehr ernst anzieht, dringend geboten sei, und er hofft sogar infolge des Bewusstseins der drohenden Gefahr eine Belebung des nationalen Gemeingeistes. Bemerkenswert war sein Optimismus in bezug auf die wirtschaftliche Zukunft Ostpreußens. Ein großangelegter Plan, die Wasserkräfte zu elektrischen Ueberlandszentralen auszunutzen, soll Ostpreußen von der Kohlenzufuhr unabhängig und aus einem Zuluftgebiet zu einem starken Posten im deutschen Wirtschaftsleben machen. Das würde allein schon ein Ausblick sein, um die Zukunft beim Deutschen Reich ausichtsreicher erscheinen zu lassen, als bei der polnischen Wirtschaft. Von den Rednern aller Parteien, die nacheinander zu Worte kamen, wurde die vorläufige Zurückstellung des parteipolitischen Kampfes zugesagt, und auf die große Möglichkeit einer polnischen Invasion nach oberdeutsch-polenischem Muster hingewiesen. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die von der Regierung tatkräftigen Schutz gegen polnische Untriebe, energisches Einsehen für einen gerechten, unbeeinflussten Modus der Abstimmung und Ablehnung polnischer Verwaltung und polnischer Truppenbesetzung während der Abstimmungszeit verlangt. In seinem Schlusswort versprach der Oberpräsident alles, was zum Schutz des Abstimmungsgebietes nötig sei, bei der Regierung durchzusetzen und in jeder Weise dafür einzutreten, daß Ostpreußen sich nicht mehr als Stiefkind des Reiches zu fühlen brauche.

14 000 Kriegsgefangene heimgekehrt. In der ersten Septemberwoche kamen auf dem Bahnhof Deutz sieben englische Sonderzüge mit rund 7000, und zwei französische Lazarettzüge mit rund 1000 deutschen Kriegsgefangenen an, ferner aus England über Rotterdam 4000, über Koblenz und Mainz je 1000 Mann aus französischer Gefangenschaft, zusammen also 14000 Gefangene.

Wadensens Heimkehr. In diesen Tagen werden die letzten Mannschaften der Heeresgruppe Wadensen, die bei dem allgemeinen Rücktransport im Januar und Februar zurückgeblieben waren, soweit sie transportfähig sind, heimkehren. Nunmehr ist auch die Rückkehr des Generalfeldmarschalls von Wadensen zu erwarten, der seinen Entschluß, Ungarn erst nach dem letzten der ihm anvertrauten Soldaten zu verlassen, durchgeführt hat. Von der Verehrung und Dankbarkeit der Truppe gegen den greisen Feldmarschall gibt ein Schreiben des vormaligen Vorsitzenden des Zentralrats (Soldatenrats) der Südostfront (Armee Wadensen) Zeugnis, das an einen Angehörigen des Feldmarschalls gerichtet ist und in dem es u. a. heißt: „Ich fühle mich mit Tausenden meiner Kameraden eins in dem Schmerz und der hellen Enttäuschung über die immer noch andauernde Gefangenschaft des Herrn Generalfeldmarschalls, der der einzige unbesetzte deutsche Heeresführer ist und bleiben wird. Er hat mit seiner Person den Rückzug der Armee gedeckt, und dafür sind wir ihm zeitlebens unauflöschlichen Dank schuldig, dem wir, wie ich hoffe, auch äußerlich in den nächsten Monaten gewaltig Ausdruck verleihen werden. Mit Ungebulb erwarten wir den Tag der Rückkehr des Herrn Generalfeldmarschalls,

der Tag wird mir und Tausenden meiner ehemaligen Kameraden ein Festtag sein.“

Unser Viehstand. Die vorläufigen Resultate der Zählung von Rindern, Schweinen und Schafen am 2. Juni 1919 ergaben bei den Rindern einen Bestand von 16 798 815 Stück. Gegenüber der letzten Friedenszählung am 1. Dezember 1913 finden wir bei den Rindern unter 3 Monaten eine Zunahme von 21,4 Prozent, bei den übrigen Zählungen eine Abnahme. Die Zahl der Milchkuh, die in Friedenszeiten letztmals am 2. Dezember 1912 festgestellt wurde, hat um 15,8 Prozent abgenommen. Die Zählung der Schweine hat am 2. Juni 1919 einen Gesamtbestand von 8 887 464 Stück ergeben. In Jahresfrist hat sich der Bestand an Schweinen um 18,9 Prozent vermehrt. Gegenüber der letzten Friedenszählung am 1. Dezember 1913 bleibt das Ergebnis der Zählung bei den Schweinen um 62,3 Prozent zurück. Die Zählung der Schafe hat einen Bestand von 6 423 036 Stück ergeben. Bei der letzten Friedenszählung betrug der gesamte Bestand an Schafen 23,5 Prozent weniger, die Zunahme ist also erheblich.

Veder und Feuer. Bei dem großen Brande auf dem Leipziger Ausstellungsgebiet sind große Mengen von Fellen und Häuten, die laut Order der Kriegsstelle dort lagerten, mit äußerster Mühe gerettet. Nun fragt man aber doch wirklich, ob bei der heutigen Fauna noch zu ertragenden Lederknappheit Felle und Häute zum Lagern oder zum Bearbeiten zu Veder da sind. Wenn sie nun verbraucht wären, was hätte man dann gesagt? Jedenfalls: Das Veder muß noch teurer werden.

Holland.

Der deutsche Kronprinz wünscht Bieringen zu verlassen. Der Aufenthalt der Kronprinzessin wird wahrscheinlich fünf Tage dauern. Man glaubt, daß sie Freitag oder Sonnabend abreisen wird. Das Eigenartige ist, daß man in Bieringen selbst nicht sagen kann, wann die Abreise erfolgt, denn die ganze Angelegenheit hat der Hofmarschall in Amerongen in Händen. Wahrscheinlich ist, daß die Kronprinzessin mit ihren beiden Söhnen auf der Rückreise Amerongen besuchen wird. Wie das Blatt weiter vernimmt, hat der Kronprinz den Wunsch geäußert, Bieringen zu Anfang des Winters zu verlassen. Man soll in Unterhandlungen stehen, um dem Kronprinzen in Baarn bei Amstredam ein Unterkommen zu verschaffen.

Ungarn.

Die Folgen des Kommunismus in Ungarn machen sich dort in haarsträubender Weise bemerkbar. Es soll wieder gearbeitet werden, die Arbeiter haben auch Einsicht gewonnen, aber sehr viele ungarische Fabriken sind im Konkurs, u. d. es fehlt an Geldmitteln, die Betriebe wieder zu eröffnen. Es ist die alte Geschichte: Ruiniert ist der Geschäftsbetrieb leicht, wieder aufgebaut aber sehr schwer.

Amerika.

Vortragsreise Clemenceaus in Amerika. Der Pariser Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ berichtet, daß Clemenceau eine siebenwöchige Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten unternehmen werde, die, wie verlautet, einen dauernden Abschied vom politischen Leben einleiten soll. Angeblich verhandelt Lloyd George auch über eine ähnliche Vortragsreise in Amerika.

Asien.

Jüdisch-Palästina — eine vollzogene Tatsache. Die Jüdische Rundschau, das Organ der jüdischen Vereinigung für Deutschland, berichtet, daß die britische Regierung auf die Okkupationsbehörden in Palästina ein Telegramm gerichtet hat, in welchem die Behörden an die Erklärung der britischen Regierung vom 2. November 1917 erinnert werden, und in dem sie angewiesen werden, es als feststehende Tatsache zu betrachten, daß Palästina die nationale Heimstätte der Juden werden soll. Die Behörden werden demgemäß angewiesen, die jüdische Bevölkerung Palästinas dieser Tatsache entsprechend zu behandeln, ohne Rücksicht darauf, daß die Juden gegenwärtig noch eine Minorität in Palästina bilden.

Örtliche und Sächsische Nachrichten.

Dresden, 9. September. Der Freistaat Sachsen wird in Zukunft zwei Reichswehregablen Nr. 12 und 19 erhalten, wozu die bisherigen beiden Grenzjägerbrigaden umgebildet werden. Voraussetzungen sind auch ein Kavallerieregiment bekommen. Die Unterbringung der Reichswehregablen in Sachsen wird hauptsächlich in den früheren Garnisonsstädten erfolgen; eine endgültige Entscheidung jedoch ist noch nicht getroffen. — Nach Blättermeldungen sollen während der Anzügen in Chemnitz fürchtbare Grausamkeiten an Soldaten verübt worden sein. Von amtlicher Seite ist festgestellt worden, daß allerdings Grausamkeiten verübt worden sind, die Nachrichten darüber sind im allgemeinen jedoch übertrieben. Es wird durchaus kein Vertuschungssystem geübt, sondern die Untersuchung wird streng und eifrig betrieben. Bisher sind 40 Personen wegen Minderernennung, Mißhandlung usw. verhaftet worden. Die Regierung wird in Kürze eine Darstellung der Vorfälle veröffentlichen. — Um der Gefährdung der Ernte und der Volksernährung durch die ständige Zunahme der Soldatensoldaten ein Ende zu machen, hat der Militärbehörden für Sachsen in einer Verfügung auf Grund des Belagerungszustandes die strenge Bestrafung solcher Personen bestimmt, die Feldbleichstühle ausführen.

gegen
Spez
sch
Kaufm
getz
der sich
sofort
aber b
hierzu
des erg
kurz v
richtig
Anruf
das
zurück
rufen
riere.
er von
25 Met
auf das
die im
dem sel
der ent
mäßig
halten.
53 jäh
fortw
ds. 3.
ster Da
kammer
Handels
Arno P
die Jah
wahre
und Ka
schon w
sagen u
und für
helt mil
drei Mi
Die über
von zwe
von. R
Spörl,
bruarpu
Tage als
Sicher
gener M
und die
Bauerng
haus bli
figerten
ein wert
stiftung
ständig
wird, sin
Behörde
tracht d
Wohlfahr
fallen
nachts
dürfte d
nächsten
die Mögl
und La
die Wid
find. Ver
wie verk
Schulgen
verschied
nen, die
richt. I
gleichende
Schuldire
die Kong
lichkeit.
Person J
absolut v
unterricht
können.
in einer
in die Ge
arbeitet
schwanken
baut; der
erschütter
sehes. —
vollkomm
denheit d
Strafquell
richt erblid
Antrieb
fähigt zu d
eigener A
Der hrt
heit der g
Weiterstre
Der Mor
Berantwo
die Entsch
Griffliche
Schweig
lichem P
das Geb
zu nächst
Griffliche
nur als